Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 80 (1986)

Heft: 7-8

Artikel: NW-Gespräch mit Peter Walss : vom Graben zwischen christlicher Ethik und staatlichem Handeln in der Asylfrage

Autor: Walss, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143276

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vom Graben zwischen christlicher Ethik und staatlichem Handeln in der Asylfrage

Bund und Kanton Zürich: eine Staatsmaschinerie ohne Menschlichkeit

***NW:** Peter Walss, die Aktion für die Chileninnen und Chilenen in Zürich-Seebach gilt als abgeschlossen. Die von den Kirchenleitungen beauftragte «Koordinationsgruppe» erklärt ihre Arbeit für beendet. Hat die Aktion das «gute Ende» gefunden, von dem Du in unserem letzten NW-Gespräch gesagt hast, dass es für Euch «unheimlich wichtig» sei (NW 1985, S. 311)?*

Walss: Die Seebacher-Aktion ist nur eine punktuelle Sache. Sie steht im Zusammenhang mit einer zunehmenden Verhärtung der schweizerischen Asylpolitik seit 1980/81. Die Aktion ist auch noch nicht wirklich zu Ende gekommen. Zwar hat sich die von Dir erwähnte «Koordinationsgruppe» formell aufgelöst, aber zur Weiterführung der kirchlichen Arbeit auf der Ebene Zentralkommission – Generalvikariat – Kirchenrat hat sich eine neue Kommission gebildet: die Kommission der Zürcher Kirchen für Asylfragen. Darin kommt ein dauerndes Engagement der Zürcher Kirchen in Asylfragen zum Ausdruck.

Was auch zum «guten Ende» gehört, ist die Tatsache, dass es während der ganzen Aktion nie nötig wurde, illegale Schritte zu unternehmen. Die Polizei musste die scheussliche Dreckarbeit, die ihr von Politikern immer wieder zugemutet wird, nicht durchführen: Männer, Frauen und Kinder festnehmen, ins Gefängnis einsperren und dann ausschaffen. Das ist auch etwas, was ich als Erfolg werten möchte und wofür uns die Polizei eigentlich dankbar sein müsste.

Zu Jubel besteht jedoch kein Anlass. Denn das Gefühl, das uns in den letzten vier Monaten begleitet hat, war das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer Staatsmaschinerie, die jede Menschlichkeit vergessen hat.

***NW:** In der WoZ (30. Mai) wird eine Seebacher Aktivistin zitiert: «Menschlich stehen wir jetzt vor einem Scherbenhaufen. Menschen, für die wir gekämpft haben, um die wir gezittert haben, müssen gehen.» Ist die faktische Abschiebung etwa der Hälfte der Seebacher Chilenen nach Spanien oder in skandinavische Länder nicht ein Armutszeugnis für die schweizerische Asylpolitik? Ursprünglich wolltet Ihr doch eine kollektive Lösung für alle 52 chilenischen Asylbewerber in der Markuskirche.*

Walss: Bundesrätin Kopp hat seinerzeit vorgeschlagen, Asylbewerber, die schon lange auf den Entscheid über ihr Gesuch warten, kollektiv in der Schweiz aufzunehmen. Diese Lösung haben wir grundsätzlich unterstützt. Wie schon aus unserem ersten Brief an Frau Kopp hervorgeht, wären wir aber auch mit jeder andern menschlich vertretbaren Lösung zufrieden gewesen. Wir forderten als Minimum, dass der Bund auf eine Zwangsheimschaffung in die Diktatur verzichte. Das Chile Pinochets wurde von Kardinal Arns als brennendes Haus bezeichnet. Zwangsheimschaffungen könnten daher

leicht zu einer unverantwortlichen Verletzung des völkerrechtlich gebotenen Non-Refoulement werden.

Der von Dir zitierte Scherbenhaufen ist entstanden, weil schliesslich Leute gehen mussten, bei denen wir überzeugt waren, dass ihnen Asyl zustehen würde. Dazu gehört die sture Missachtung menschlicher Situationen von seiten der Behörden. In Uster zum Beispiel lebt seit 1983 eine chilenische Familie. Sie ist völlig unbescholten, der Vater ist arbeitsfreudig und wird vom Arbeitgeber geschätzt. In unserer Aktion war er einer der am positivsten wirkenden Chilenen. Diese Familie entspricht nun aber nicht ganz genau den Kriterien der Internierung, die der Kanton aufgrund von Verhandlungen mit der «Koordinationsgruppe» akzeptiert hat. Eines seiner Kinder besucht erst den Kindergarten. Es spricht zwar schon Zürichdeutsch, aber das genügt nicht, weil der Kanton für die Internierung nur eingeschulte Kinder berücksichtigt. Nach meiner Einschätzung müsste der Familie Asyl gewährt werden. Der Vater konnte aber nicht die nötigen Beweismittel für seine Verfolgung durch das chilenische Regime beibringen. Das Asylgesuch wurde abgelehnt, ebenso das Revisionsbegehren und schliesslich unser Antrag auf Internierung. Für diese Familie hat sich auch die Kirchgemeinde Uster eingesetzt und an einem Gottesdienst 251 Unterschriften gesammelt. Aber darauf scheinen unsere Behörden überhaupt nicht einzugehen.

Einen Scherbenhaufen hatten wir schliesslich in den zwischenmenschlichen Beziehungen: Der ständige psychische Druck auf die Chilenen – die Aktion dauerte immerhin sieben Monate – hat zu Verunsicherung, Verzweiflung und schliesslich zu Misstrauen und Konflikten zwischen den Chilenen und den Schweizer Aktivisten in Seebach geführt.

Der Scherbenhaufen, von dem man also tatsächlich reden kann, ist auf die unmenschliche Härte des Bundes und des Kantons Zürich zurückzuführen. Diese Härte nennt sich «Abschreckungspolitik», «Dissuasion». Sie betrifft nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch jeden Schweizer, der noch einen Funken Menschlichkeit verspürt und sich einsetzt für Flüchtlinge. Es handelt sich um eine doppelte Strategie: Die Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden, im Land zu bleiben oder überhaupt ins Land zu kommen, und die Schweizer sollen abgeschreckt werden, sich für Flüchtlinge zu engagieren.

***NW:** Mit welchen Methoden wird diese Abschreckung betrieben?*

Walss: Die Methoden sind in der Schweiz eigentlich überall die gleichen. Es gibt administrative Verzögerungen, welche Menschen zur Verzweiflung bringen. Es gibt die Drohung der bevorstehenden Ausschaffung. Es gibt alle diese Wechselbäder zwischen Hoffnung und Entmutigung. Die Behörden können sich wohlig im Sessel drehen und zuschauen, wie die andern herumstrampeln und sich abmühen, bis ihnen der Schnauf ausgeht.

Gott sei Dank gibt es auch wieder Regenerationsmöglichkeiten: im Gottesdienst, im Gebet, in der Bibellesung und in der Besinnung auf Jesus.

Wer ist befugt, im Namen Jesu Asyl zu gewähren?

***NW:** War es überhaupt sinnvoll, die politische Auseinandersetzung um die Seebacher Chilenen an eine kirchliche Koordinationsgruppe zu delegieren? Eines ihrer Mitglieder hat ja bei jeder Gelegenheit betont, dass ein Kirchenasyl abzulehnen sei. Wie kann da noch die notwendige politische Arbeit als Prozess der Bewusstseinsbildung geleistet werden?*

Walss: Ich bin immer noch überzeugt, dass bei der Auseinandersetzung um die schweizerische Asylpolitik die Kirchen auf jeder Stufe sich engagieren müssen. So steht es auch im Memorandum «Auf der Seite der Flüchtlinge» der drei Landeskirchen. Das Memorandum war lange Zeit nur Papier. Aber für mich ist es die Grundlage dafür geworden, dass ich den

Kirchenrat und die katholische Kirchenleitung um Hilfe bitten konnte. Wenn wir in der schweizerischen Asylpolitik weiterkommen wollen, müssen wir innerhalb der bestehenden Strukturen arbeiten. Das heisst im konkreten Fall: Wir mussten die Kirchenbehörden in die Handlungsweisen involvieren, für die wir als Gemeinde grössere Freiheit hatten. So wurde auch bei den Kirchenbehörden mehr Engagement möglich.

Dass die «Koordinationsgruppe» uns die Öffentlichkeitsarbeit verbieten würde, war absehbar. Dafür wurde dieses Gremium von den staatlichen Behörden als Verhandlungspartner ernst genommen. Es kam zu Verhandlungen, für die ein kleiner Pfarrer wohl nicht «zuständig» gewesen wäre. Wir konnten nicht «den Fünfer und das Weggli» haben.

Wir haben unsere Verantwortung aber auch nicht einfach an die «Koordinationsgruppe» delegiert, sondern in diesem Gremium waren zwei Seebacher Kirchenpfleger und ich als Pfarrer mitbeteiligt. Daneben entstanden in Seebach zwei Organisationen, welche die Arbeit weiterführten: das Patenkomitee einerseits und der Trägerkreis Seebach andererseits.

NW: *Hat sich Deine Hoffnung bestätigt, dass sich auch andere Kirchgemeinden durch Seebach «anstecken liessen»? Von einem «Sanctuary Movement» wie in den USA sind wir ja noch weit entfernt.*

Walss: Ich möchte weniger von einer «Ansteckung» durch Seebach reden als von einer Einsicht an verschiedenen Orten, ausgelöst durch den massiven Druck, den die Behörden erzeugten. Die Möglichkeiten für einen breiten kirchlichen Widerstand müssen wir in der Schweiz aber erst noch finden. An sehr vielen Orten in der Schweiz sind Gespräche im Gang. In Bern zum Beispiel wird heute auch theologisch gründlicher darüber nachgedacht, wer die Entscheidung für ein «Kirchenasyl» zu treffen habe. Ist es die gottesdienstlich versammelte Gemeinde, die beschliesst, einer bestimmten Person Schutz zu gewähren, so ist diese Entscheidung – theologisch gesehen – rechtsgültig. Es braucht wahrscheinlich noch einiges Nachdenken und einige Praxis, bis in der Schweiz der Gedanke des Schutzes gegenüber verfolgten Mitmenschen durch die Kirchen vermehrt Anerkennung finden wird.

NW: *Es ginge also bei dieser theologischen Neubesinnung darum, das Kirchenasyl durch die Christengemeinde selbst begründen zu lassen und nicht etwa nur durch die legalen Repräsentanten der Kirche, auch nicht durch die Kirche als «Sakralraum»?*

Walss: Angesprochen wird hier vor allem das Problem, das auch in unserer «Koordinationsgruppe» deutlich wurde: dass nämlich ein Kirchenrat ganz anders denkt und handelt als eine Kirchgemeinde an der Basis, dass ein Kirchenrat sehr viel legalistischer und behördenfreundlicher denkt und handelt als eine Kirchgemeinde, die Menschen begegnet und sich daher auch eher menschenfreundlich verhält. Angesprochen ist hier also weniger die Frage des Sakralraums, als vielmehr die Frage der Zuständigkeit. Welche Institution ist fähig, im Namen Jesu eine Entscheidung zu treffen? Das muss nicht unbedingt die gewählte Kirchenpflege oder der gewählte Kirchenrat, das kann auch die im Namen Jesu versammelte Gemeinde sein.

NW: *Diese Unterscheidung zwischen juristischer und theologischer Zuständigkeit widerspiegelt also auch wieder den Konflikt oder das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität in der Asylfrage.*

Walls: Was Seebach betrifft, so haben wir uns immer innerhalb der Legalität bewegt. Wir wären bereit gewesen, darüber hinaus zu gehen, wenn dies nötig gewesen wäre. Dann wäre unsere Handlungsweise trotzdem legitim geblieben.

Die Versuchung des Opportunismus in der Kirche

NW: *Unser letztes Gespräch war kaum*

gedruckt, da rief die NA am 30. Oktober zu einer provokativen Veranstaltung gegen die Aktion Seebach auf. Seither scheint vieles eher im Sinne der NA als im Sinne der Humanität gelaufen zu sein. In Seebach, so heisst es, habe die Kirchgemeinde Eure Aktion mehrheitlich abgelehnt. Nun gibt es sogar noch ein Komitee zur Abwahl der beiden Pfarrer Peter Walss und Klaus Fürst.

Walss: Um beim letzten Punkt zu beginnen, so enthält dieser für Seebach überhaupt nichts Neues. Seebach ist eine streitbare Gemeinde und hat schon verschiedene Pfarrer gehabt, die auch streitbar waren. Ähnliche Dinge liefen seinerzeit mit Paul Vogt oder Heinrich Hellstern. Ich halte das für eine durchaus demokratische Sache. Seebach ist eine lebendige Gemeinde.

Über Mehrheiten pro oder contra unsere Aktion zu reden, ist müssig. Es gab keine Abstimmung, es gab nur Gespräche. Immerhin ist festzuhalten, dass bei einem Informationsabend eine klare Mehrheit der Voten für die Aktion abgegeben wurde. Auch die Kirchenpfleger, die diese Aktion einstimmig gebilligt hatten, sind im Frühjahr ohne Gegenstimme wiedergewählt worden. Anträge zuhanden der Kirchgemeindeversammlung wurden in dieser Sache keine gestellt. Das sind die Fakten, der Rest sind Unkenrufe.

Was die Provokation der NA betrifft, so gibt es Leute, die sagen, dass die Aktion Seebach die NA politisch gestärkt habe und insofern kontraproduktiv gewesen sei; wieder andere stellen wohl mit mehr Recht fest, dass durch diese klare Aktion in Seebach überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen wurde, dass Menschen sich anders aussprechen konnten als nur pro NA. Ich bin überzeugt, die NA hätte ohne die Aktion Seebach bei den Zürcher Gemeindewahlen im vergangenen März noch wesentlich mehr Sitze gewonnen.

***NW:** Doch die schweizerische Asylpolitik scheint immer mehr den Wunsch- und Wahnvorstellungen der NA zu folgen. Mit der Revision der Asylgesetzgebung ist die extreme Rechte jedenfalls zufrieden. Das Referendum kommt nicht von ihrer, sondern von unserer Seite. Welche Erfahrungen und Perspektiven bringt «Seebach» in den Referendumskampf ein?*

Walss: «Seebach» hat verschiedene Ebenen: Eine davon ist der gesamtschweizerische und sogar internationale Bekanntheitsgrad. Um ihn für die Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen, haben einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Seebacher Aktion nun die «Gruppe Seebach» gegründet. Ziel dieser Gruppe ist es unter anderem, die «Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz» (BODS) und deren Charta 86 innerhalb des kirchlichen Raums zu vertreten.

Die «Gruppe Seebach» beteiligt sich selbstverständlich auch am Referendumskampf. Zur Zeit sind wir dran, an alle Priester, Pfarrerinnen und Pfarrer der Schweiz einen Brief zu schreiben, in dem sie aufgefordert werden, für das Referendum Unterschriften zu sammeln. Dieser Brief enthält auch die Warnung: «Die Revision von Asyl- und Ausländergesetz bringt im wesentlichen nur eine Verschlechterung dieser Gesetze und reisst einen Graben auf zwischen christlicher Ethik und staatlichem Handeln.»

***NW:** Wie beurteilst Du das Verhalten der Kirchenleitungen beider Konfessionen, die sich an diesem Referendum nicht beteiligen wollen, indem sie argumentieren, dass durch das Referendum die Emotionen der Fremdenfeindlichkeit nur noch weiter geschürt würden?*

Walss: Ich halte mich an Tim. 4,2: «Predige das Wort, tritt dafür ein zu gelegener oder ungelegener Zeit» (Praedica verbum, insta opportune, importune). Die Haltung der Kirchenleitungen ist für mein Empfinden opportunistisch. Die Kirchen sollten klar Stellung nehmen für die Wahrheit. Sie sollten davon Abstand nehmen, sich zwischen den verschiedenen Fronten durchzuschlängeln und zu

meinen, sie könnten so das Evangelium noch verkünden.

Der Sinn des Referendums gegen die Asylgesetzrevision

NW: *Es gibt auch Kritiker des Referendums, die den Flüchtlingen lieber illegales Asyl gewähren, als der real existierenden Demokratie überhaupt noch die Ehre eines Referendums zu erweisen. Was hältst Du von dieser Argumentation?*

Walss: Wenn wir den schweizerischen Rechtsstaat noch achten und ihn noch als demokratisch einschätzen, dann muss uns daran liegen, dass die Gesetze in diesem Staat nicht verschlechtert werden; dann müssen wir uns dafür einsetzen, dass schlechte Gesetze verbessert werden. Darum ist es eine Grundsatzfrage, ob wir für oder gegen das Referendum sind.

Aber die Frage ist schon sehr berechtigt, ob bei einem Referendumskampf nicht Kräfte verschlissen werden, die besser eingesetzt werden könnten in der direkten Hilfe. Von daher verstehe ich diese Ablehnung des Referendums, wie sie vor allem in der Westschweiz zu hören ist.

Was mich betrifft, muss ich zunächst mindestens die Gesetze bekämpfen, die ich als unwürdig empfinde. Ich habe dann auch mehr moralische Kraft, um schlechte Gesetze zu übertreten. Auf der andern Seite kann ich aber auch Menschen verstehen, die unserer Demokratie die Achtung verweigern, weil in verschiedenen Bereichen das Demokratiedefizit zu gross geworden ist. Wahrscheinlich gibt es von dieser Seite sogar eine Ergänzung zur systeminternen Opposition: Wenn Leute sich der Demokratie tatsächlich verweigern, ist das vielleicht die einzige Möglichkeit, um den Behörden ein Problem überhaupt bewusst zu machen, das sie sonst verdrängen.

NW: *Sollte die Asylgesetzrevision angenommen werden, so würde der Gegensatz zwischen Ethik und vermeintlicher Staatsräson wohl unüberbrückbar. Müssten wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nicht heute schon klar sagen, dass ein Gesetz im Sinn und Ungeist der NA uns keine Möglichkeit bietet, im Rahmen der Legalität zu bleiben, wenn wir Gott mehr gehorchen wollen als den Menschen?*

Walss: Soviel ist klar, die Asylgesetzrevision würde diesen unüberbrückbaren Graben aufreissen. Und das müssen wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sagen. Aber wie? Viele Menschen leben in einer mythologischen Welt. Da gibt es zum Beispiel den Mythos, dass die Ausländer uns die Luft wegatmen und solche Dinge. Ich denke auch an Gespräche mit Leuten, die im ersten Moment Ansichten der NA zu vertreten scheinen. Das Gespräch nimmt aber oft eine andere Wendung, wenn ich diesen Leuten sage: «Ich spüre, Sie sind gar nicht fremdenfeindlich, Sie haben nur Probleme mit dem schweizerischen Staat, der so wenig tut für Schweizer, denen es schlecht geht.» Wenn wir über diese Problematik reden können, dann fällt ein Stück dieses Mythos von Fremdenfeindlichkeit ab. Das wäre eine notwendige Kleinarbeit, die Tausende von Schweizern mit Tausenden von Schweizern tun müssten, damit überhaupt diese Verblendung gegenüber Fremden und insbesondere Flüchtlingen überwunden werden kann. Vielleicht bietet das Unterschriftensammeln für das Referendum eine Gelegenheit für solche Gespräche, vielleicht dann auch der Abstimmungskampf.

NW: *Peter Walss, ich danke Dir für Deine mutigen und ermutigenden Überlegungen zur Flüchtlingspolitik. Sie helfen gewiss auch unseren Leserinnen und Lesern, den Referendumskampf gegen die Asylgesetzrevision besser zu bestehen.*